

OTTO-VON-GUERICKE-UNIVERSITÄT MAGDEBURG
FAKULTÄT FÜR WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT



**Diplomprüfungsordnung
für den Studiengang Wirtschaftspädagogik**

vom 04. Oktober 1993
in der Fassung vom 01.10.2003

Inhaltsübersicht*

I. Allgemeines

§ 1	Zweck der Prüfung und Ziel des Studiums	3
§ 2	Diplomgrad	3
§ 3	Regelstudienzeit und Studenumfang	3
§ 4	Prüfungen und Prüfungsfristen	3
§ 5	Prüfungsausschuß	4
§ 6	Prüfende und Beisitzende.....	5
§ 7	Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen	5
§ 8	Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß	6

II. Diplom-Vorprüfung

§ 9	Zulassung	7
§ 10	Umfang und Form der Diplom-Vorprüfung	7
§ 11	Klausurarbeiten	8
§ 12	Bewertung der Prüfungsleistungen und Ergebnis	8
§ 13	Wiederholung der Diplom-Vorprüfung	9
§ 14	Zeugnis, Bescheinigungen	9

III. Diplomprüfung

§ 15	Zulassung	10
§ 16	Umfang und Form der Diplomprüfung	10
§ 17	Schriftliche Prüfungen in den Fächern Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre	11
§ 18	Diplomarbeit	13
§ 19	Mündliche Prüfungen	13
§ 20	Bewertung der Prüfungsleistungen und Ergebnis	14
§ 21	Wiederholung der Diplomprüfung	15
§ 22	Zeugnis, Bescheinigungen	15
§ 23	Diplomurkunde	16

IV. Schlußbestimmungen

§ 24	Ungültigkeit der Prüfungen	16
§ 25	Einsichtnahme in die Prüfungsakten	17
§ 26	Anerkennung des Diplomgrades	17
§ 27	Übergangsbestimmungen	17
§ 28	Inkrafttreten und Veröffentlichung	18

I. Allgemeines

§ 1

Zweck der Prüfung und Ziel des Studiums

(1) Die Diplomprüfung bildet den berufsqualifizierenden Abschluß des Studiums im Studiengang Wirtschaftspädagogik. Durch die Diplomprüfung soll festgestellt werden, ob die Kandidatin bzw. der Kandidat die für den Übergang in einen Beruf notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat, die Zusammenhänge ihres bzw. seines Faches überblickt und die Fähigkeit besitzt, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden.

(2) Das Studium soll den Studierenden unter Berücksichtigung der Anforderungen und Veränderungen in der Berufswelt die erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden so vermitteln, daß sie zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit, zur kritischen Einordnung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und zu verantwortlichem Handeln befähigt werden.

§ 2

Diplomgrad

Ist die Diplomprüfung bestanden, verleiht die Fakultät für Wirtschaftswissenschaft (nachfolgend: Fakultät) den Diplomgrad „Diplom-Handelslehrer“ bzw. „Diplom-Handelslehrerin“.

§ 3

Regelstudienzeit und Studienumfang

(1) Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Diplomprüfung zehn Semester, aufgeteilt in das Grundstudium mit vier und das Hauptstudium mit sechs Semestern.

(2) Der Studienumfang beträgt in der Studienrichtung I etwa 170 Semesterwochenstunden, in der Studienrichtung II etwa 180 Semesterwochenstunden. Näheres regelt die Studienordnung nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Prüfungsordnung. In der Studienordnung sind die Studieninhalte so zu begrenzen, daß das Studium in der Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann.

§ 4

Prüfungen und Prüfungsfristen

(1) Der Diplomprüfung geht die Diplom-Vorprüfung voraus. Die Diplom-Vorprüfung beendet das Grundstudium und soll nach vier Semestern abgeschlossen sein. Die Diplomprüfung soll nach insgesamt zehn Semestern abgeschlossen sein.

(2) Wird die Diplom-Vorprüfung nicht nach höchstens sechs Semestern abgeschlossen oder wird die Diplomprüfung nicht nach insgesamt höchstens siebzehn Semestern abgeschlossen, so verliert die Kandidatin bzw. der Kandidat den Prüfungsanspruch, und die betreffende Prüfung gilt als endgültig nicht bestanden. Dies gilt nicht, falls die Kandidatin bzw. der Kandidat nachweist, daß sie bzw. er die Fristüberschreitung nicht zu vertreten hat.

(3) Diplom-Vorprüfungen und Diplomprüfungen können auch vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist abgeschlossen werden, sofern die für die Zulassung erforderlichen Leistungen nachgewiesen werden.

(4) Diplom-Vorprüfungen und Diplomprüfungen werden in der Regel im Anschluß an jedes Semester abgenommen. Die von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses festgelegten und spätestens vier Wochen vor Fristablauf durch Aushang bekanntgemachten Fristen für die Meldung zu den Prüfungen sind Ausschlußfristen. Mitteilungen an die Kandidatinnen bzw. Kandidaten ergehen durch Aushang, sofern diese Prüfungsordnung nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt.

§ 5

Prüfungsausschuß

(1) Für die Organisation der Prüfungen und für die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben bildet die Fakultät einen Prüfungsausschuß.

(2) Der Prüfungsausschuß achtet darauf, daß die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung eingehalten werden. Er berichtet der Fakultät über die Entwicklung der Prüfungen und der Studienzeiten. Er gibt Anregungen zur Reform der Prüfungsordnung und der Studienordnung. Der Prüfungsausschuß befindet über Widersprüche gegen in Prüfungsfragen ergangene Entscheidungen.

(3) Als Mitglieder des Prüfungsausschusses werden aus der Gruppe der Professorinnen und Professoren die bzw. der Vorsitzende, die bzw. der stellvertretende Vorsitzende sowie ein weiteres Mitglied, aus der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter und der Gruppe der Studierenden je ein Mitglied gewählt. Für jedes der drei weiteren Mitglieder wird nach denselben Regeln ein Ersatzmitglied gewählt, das im Fall der Verhinderung an den Sitzungen teilnimmt. Die Amtszeit der Mitglieder und Ersatzmitglieder beträgt ein Jahr; Wiederwahl ist zulässig.

(4) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn neben der bzw. dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreterin bzw. Stellvertreter mindestens zwei weitere Mitglieder anwesend sind, jedoch nur, wenn die Gruppe der Professorinnen und Professoren nicht überstimmt werden kann. Der Prüfungsausschuß beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der bzw. des Vorsitzenden.

(5) Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nichtöffentlich. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) Der Prüfungsausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung. Er kann Aufgaben zur ständigen Erledigung widerruflich auf die Vorsitzende bzw. den Vorsitzenden übertragen. Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses oder eine von ihr bzw. ihm benannte Person vertritt den Prüfungsausschuß gerichtlich und außergerichtlich.

(7) Geschäftsstelle des Prüfungsausschusses ist das Prüfungsamt der Fakultät.

§ 6

Prüfende und Beisitzende

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt aus dem Kreis der an der Fakultät tätigen Professorinnen und Juniorprofessorinnen bzw. Professoren und Juniorprofessoren die Prüfenden. Darüber hinaus können, mit deren Einverständnis, andere habilitierte Angehörige der Fakultät sowie Professorinnen und Professoren anderer Fakultäten zu Prüfenden bestellt werden. Ausgeschiedene Professorinnen und Professoren können für die Dauer von zwei Jahren nach Ablauf des Semesters, in dem sie aus dem Dienst an der Fakultät ausgeschieden sind, zu Prüfenden bestellt werden.

(2) Der Prüfungsausschuß bestellt auch die Beisitzenden. Zu Beisitzenden dürfen nur Personen bestellt werden, die eine Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt haben.

(3) Die Prüfenden sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

§ 7

Anrechnung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Studienzeiten in demselben Studiengang an Universitäten und gleichgestellten Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes und dabei erbrachte Studienleistungen werden von Amts wegen angerechnet.

(2) Studienzeiten in anderen Studiengängen oder an anderen als den in Absatz 1 genannten Hochschulen im Geltungsbereich des Grundgesetzes sowie dabei erbrachte Studienleistungen werden von Amts wegen angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt wird. Studienzeiten an Hochschulen außerhalb des Geltungsbereichs des Grundgesetzes und dabei erbrachte Studienleistungen werden auf Antrag angerechnet, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt wird. Für die Gleichwertigkeit von Studienzeiten und Studienleistungen an ausländischen Hochschulen sind die von der Kultusministerkonferenz und von der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen maßgebend.

(3) Für die Anrechnung abgeschlossener Diplom-Vorprüfungen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) Eine an einer anderen Hochschule oder Fakultät angefertigte Diplomarbeit wird nicht angerechnet. Propädeutika gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 3 werden nur angerechnet, wenn sie vor einem Wechsel an die Universität Magdeburg erbracht wurden.

(5) Über die Anrechnungen nach den Absätzen 1 bis 4 entscheidet der Prüfungsausschuß.

§ 8

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Erscheint die Kandidatin bzw. der Kandidat nach der Meldung zu einer zeitlich und örtlich festgesetzten Prüfung ohne triftigen Grund nicht oder tritt sie bzw. er nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund von der Prüfung zurück, so gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Dasselbe gilt, wenn eine Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungsfrist erbracht wurde.

(2) Der für das Versäumnis oder den Rücktritt geltend gemachte Grund muß dem Prüfungsausschuß unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der Kandidatin bzw. des Kandidaten ist dem Prüfungsausschuß das Attest einer Ärztin bzw. eines Arztes, der in Zweifelsfällen von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bestimmt werden kann, einer Universitätsklinik oder, bei stationärer Behandlung, die Einlieferungsbestätigung der betreffenden Klinik vorzulegen. Erkennt der Prüfungsausschuß den geltend gemachten Grund an, so wird dies der Kandidatin bzw. dem Kandidaten schriftlich mitgeteilt und ein neuer Termin festgesetzt.

(3) Versucht die Kandidatin bzw. der Kandidat das Ergebnis einer Prüfung durch Täuschung zu beeinflussen, so gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Das Mitführen unerlaubter Hilfsmittel nach Prüfungsbeginn gilt stets als Täuschungsversuch im Sinne des Satzes 1. In schwerwiegenden Fällen oder im Wiederholungsfall kann der Prüfungsausschuß die gesamte Prüfung für nicht bestanden erklären. In besonders schwerwiegenden Fällen kann er darüber hinaus das Recht zur Wiederholung der Prüfung aberkennen.

(4) Stört eine Kandidatin oder ein Kandidat den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung, so kann sie bzw. er von der bzw. dem Prüfenden oder von der Aufsichtführung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(5) Belastende Entscheidungen nach den Absätzen 1 bis 4 sind der Kandidatin bzw. dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mitzuteilen und zu begründen. Vor der Entscheidung ist ihr bzw. ihm Gelegenheit zum rechtlichen Gehör zu geben.

II. Diplom-Vorprüfung

§ 9

Zulassung

- (1) Zur Diplom-Vorprüfung wird nur zugelassen, wer
1. das Zeugnis der allgemeinen oder einschlägigen fachgebundenen Hochschulreife oder eine vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt als gleichwertig anerkannte Hochschulzugangsberechtigung besitzt,
 2. an der Universität Magdeburg für den Studiengang Wirtschaftspädagogik eingeschrieben ist und
 3. an den in der Studienordnung näher bezeichneten propädeutischen Veranstaltungen erfolgreich teilgenommen hat; der Nachweis hierüber muß erst mit der Meldung zur letzten Teilleistung erbracht werden.
- (2) Zur Diplom-Vorprüfung wird nicht zugelassen, wer
1. eine Diplom-Vorprüfung oder eine Diplomprüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang an einer wissenschaftlichen Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden bzw. seinen Prüfungsanspruch verloren hat oder
 2. sich in einem anderen entsprechenden Prüfungsverfahren befindet.
- (3) Der Antrag auf Zulassung ist mit der Meldung zur ersten Teilleistung schriftlich an den Prüfungsausschuß zu richten, welcher über die Zulassung entscheidet. Dem Antrag sind beizufügen:
1. Nachweise über das Vorliegen der in Absatz 1 genannten Voraussetzungen,
 2. Erklärungen hinsichtlich der in Absatz 2 genannten Hemmnisse und
 3. das Studienbuch.
- (4) Die Zulassung erfolgt, wenn
1. die eingereichten Unterlagen vollständig sind,
 2. die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen vorliegen und
 3. die in Absatz 2 genannten Hemmnisse nicht vorliegen.

§ 10

Umfang und Form der Diplom-Vorprüfung

- (1) Die Diplom-Vorprüfung erstreckt sich auf die Grundzüge folgender Fächer, in denen jeweils eine Fachprüfung abzulegen ist:
1. Betriebswirtschaftslehre,
 2. Volkswirtschaftslehre,
 3. Statistik,
 4. Rechtswissenschaft und
 5. Mathematik.
- (2) Die Fachprüfungen werden in Form von Klausurarbeiten gemäß § 11 abgenommen (Teilleistungen). Die Themen sollen von denjenigen Personen gestellt werden, die die be-

treffenden Veranstaltungen eigenverantwortlich durchgeführt haben. Für jede Teilleistung muß beim Prüfungsausschuß eine gesonderte schriftliche Meldung abgegeben werden.

(3) In den Fächern Volkswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftslehre umfaßt die Fachprüfung je drei Teilleistungen, in den Fächern Rechtswissenschaft, Statistik und Mathematik je zwei Teilleistungen. Die Zuordnung der Teilleistungen zu den Veranstaltungen erfolgt nach Maßgabe der Studienordnung.

§ 11

Klausurarbeiten

(1) In den Klausurarbeiten sollen die Studierenden nachweisen, daß sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln ein Problem mit den geläufigen Methoden des Faches erkennen und Wege zu einer Lösung finden können. Klausurarbeiten umfassen zwei Zeitstunden. Sie müssen unter Aufsicht stattfinden.

(2) Jede Klausurarbeit wird in der Regel von mindestens zwei Prüfenden bewertet. Eine Vorkorrektur durch wissenschaftliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter ist zulässig.

(3) Belegt ein Prüfling dem Prüfungsausschuß glaubhaft, daß er wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, so wird dem Prüfling gestattet, die Prüfung innerhalb einer längeren Bearbeitungszeit oder in einer anderen Form zu erbringen. Das gleiche gilt auch für Leistungsnachweise.

(4a) Bei Klausurarbeiten im Antwort-Wahl-Verfahren hat der Prüfling anzugeben, welche der mit den Aufgaben vorgelegten Antworten er für zutreffend hält.

(4b) Bei der Aufstellung der Prüfungsaufgaben im Antwort-Wahl-Verfahren ist festzulegen, welche Antworten als zutreffend anerkannt werden. Der Zweitprüfer nach Absatz 2 hat die Aufgabe, die Prüfungsaufgaben vor Feststellung des Prüfungsergebnisses darauf zu prüfen, ob sie, gemessen an den Anforderungen des Absatzes 1, fehlerhaft sind. Ergibt die Überprüfung, dass einzelne Aufgaben fehlerhaft sind, sind diese bei der Feststellung des Prüfungsergebnisses nicht zu berücksichtigen.

(4c) Bei der Ermittlung der Gesamtleistung ist ein Punkteabzug für falsche Antworten zulässig.

(4d) Die Klausur im Antwort-Wahl-Verfahren ist in jedem Fall bestanden, wenn der Prüfling 50 Prozent der für die richtigen Antworten zu erhaltenden Punkte erreicht. Die Klausur ist in jedem Fall nicht bestanden, wenn weniger als 25 Prozent der für die richtigen Antworten zu erhaltenden Punkte erreicht werden.

§ 12

Bewertung der Prüfungsleistungen und Ergebnis

(1) Die Noten für die Teilleistungen werden von den jeweiligen Prüfenden festgesetzt. Für die Bewertung sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut - eine hervorragende Leistung;

- 2 = gut - eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
- 3 = befriedigend - eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
- 4 = ausreichend - eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
- 5 = nicht ausreichend - eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Durch Vermindern oder Erhöhen der einzelnen Noten um 0,3 können zur differenzierenden Bewertung Zwischenwerte gebildet werden; die Noten 0,7, 4,3 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(2) Die Fachnote errechnet sich als ungewogenes arithmetisches Mittel der Noten, die in den Teilleistungen erzielt wurden. Bei der Mittelwertbildung wird nur die erste Dezimalstelle nach dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die im Zeugnis auszuweisende Fachnote lautet bei einem Mittelwert

- bis 1,5 = sehr gut,
übe 1,5 bis 2,5 = gut,
r
übe 2,5 bis 3,5 = befriedigend,
r
übe 3,5 bis 4,0 = ausreichend,
r
übe 4,0 = nicht ausreichend.
r

(3) Die Diplom-Vorprüfung ist bestanden, wenn sämtliche Teilleistungen mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurden.

(4) Die Diplom-Vorprüfung ist ferner bestanden, wenn abweichend von Absatz 3 höchstens eine Teilleistung mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde und diese Note durch eine mit mindestens „gut“ bewertete andere Teilleistung ausgeglichen werden kann. Im Fach Betriebswirtschaftslehre und im Fach Volkswirtschaftslehre ist ein Ausgleich nur durch eine mit mindestens „gut“ bewertete Teilleistung im selben Fach möglich.

§ 13

Wiederholung der Diplom-Vorprüfung

(1) Nicht bestandene Teilleistungen der Diplom-Vorprüfung können höchstens zweimal wiederholt werden.

(2) Die Diplom-Vorprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn auch eine zweite Wiederholung gemäß Absatz 1 mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde und kein Ausgleich gemäß § 12 Absatz 4 möglich ist.

§ 14 Zeugnis, Bescheinigungen

(1) Über die bestandene Diplom-Vorprüfung wird unverzüglich ein Zeugnis ausgestellt, das die in den Fächern gemäß § 10 Absatz 1 erzielten Fachnoten enthält.

(2) Ist die Diplom-Vorprüfung endgültig nicht bestanden oder gilt sie als endgültig nicht bestanden, so erteilt der Prüfungsausschuß hierüber einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag der Kandidatin bzw. des Kandidaten stellt der Prüfungsausschuß außerdem eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die zum Bestehen der Prüfung fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen läßt, daß die Diplom-Vorprüfung endgültig nicht bestanden ist. Bei einem Abbruch der Diplom-Vorprüfung gelten diese Bestimmungen sinngemäß.

(3) Das Zeugnis gemäß Absatz 1 und die Bescheinigungen gemäß Absatz 2 sind von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

III. Diplomprüfung

§ 15 Zulassung

(1) Zur Diplomprüfung wird nur zugelassen, wer

1. das Zeugnis der allgemeinen oder einschlägigen fachgebundenen Hochschulreife oder eine vom Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt als gleichwertig anerkannte Hochschulzugangsberechtigung besitzt,
2. an der Universität Magdeburg für den Studiengang Wirtschaftspädagogik eingeschrieben ist,
3. die Diplom-Vorprüfung gemäß Abschnitt II. oder eine gemäß § 7 Absatz 3 angerechnete Prüfung bestanden hat. Der Nachweis hierüber muß spätestens bei der Meldung zur dritten schriftlichen Prüfung im Sinne des § 17 geführt werden,
4. die laut Anhang zur Studienordnung für die Fächer Wirtschaftspädagogik, Didaktik der Wirtschaftswissenschaft und für das gewählte Zweitfach erforderlichen Vorleistungen erbracht und die vorgeschriebenen Berufsschulpraktika abgeleistet hat; die Nachweise hierüber müssen erst mit der Meldung zu den mündlichen Prüfungen erbracht werden.

(2) Zur Diplomprüfung wird nicht zugelassen, wer

1. eine Diplom-Vorprüfung oder eine Diplomprüfung in einem wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang an einer wissenschaftlichen Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig nicht bestanden bzw. seinen Prüfungsanspruch verloren hat oder
2. sich in einem anderen entsprechenden Prüfungsverfahren befindet.

(3) Der Antrag auf Zulassung ist mit der ersten Meldung zu einer Prüfung schriftlich an den Prüfungsausschuß zu richten, welcher über die Zulassung entscheidet. Dem Antrag sind beizufügen:

1. Nachweise über das Vorliegen der in Absatz 1 genannten Voraussetzungen,
2. Erklärungen hinsichtlich der in Absatz 2 genannten Hemmnisse und
3. das Studienbuch.

(4) Die Zulassung erfolgt, wenn

1. die eingereichten Unterlagen vollständig sind,
2. die in Absatz 1 genannten Voraussetzungen vorliegen und
3. die in Absatz 2 genannten Hemmnisse nicht vorliegen.

§ 16

Umfang und Form der Diplomprüfung

(1) Die Diplomprüfung besteht aus 4 Fachprüfungen (erster Teil) und der Diplomarbeit (zweiter Teil). Die zeitliche Reihenfolge dieser beiden Teile kann frei gewählt werden.

(2) Die Fachprüfungen erstrecken sich in der Studienrichtung I auf die folgenden Fächer: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, eine in der Studienordnung aufgeführte Spezielle Betriebswirtschaftslehre bzw. Spezielle Volkswirtschaftslehre sowie Wirtschaftspädagogik einschließlich Didaktik der Wirtschaftswissenschaft. In der Studienrichtung II erstrecken sich die Fachprüfungen auf die folgenden Fächer: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftspädagogik einschließlich Didaktik der Wirtschaftswissenschaft sowie ein nach Maßgabe der Studienordnung gewähltes Zweitfach (einschließlich dessen Fachdidaktik).

(3) In den Fächern Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Allgemeine Volkswirtschaftslehre sowie in der in der Studienrichtung I zu wählenden Speziellen Betriebswirtschaftslehre bzw. Speziellen Volkswirtschaftslehre umfasst die Fachprüfung schriftliche Prüfungen gemäß §17 sowie je eine mündliche Prüfung gemäß § 19. Die schriftlichen Prüfungen gehen den mündlichen voraus.

(4) Im Fach Wirtschaftspädagogik einschließlich Didaktik der Wirtschaftswissenschaft umfasst die Fachprüfung eine vierstündige Klausurarbeit gemäß § 11 und je eine mündliche Prüfung zur Wirtschaftspädagogik und zur Didaktik der Wirtschaftswissenschaft gemäß § 19.

(5) Im gewählten Zweitfach umfasst die Fachprüfung eine vierstündige Klausurarbeit gemäß § 11 - jedoch zwei vierstündige Klausurarbeiten, falls das gewählte Zweitfach eine Fremdsprache ist - sowie je eine fachwissenschaftliche und eine fachdidaktische mündliche Prüfung gemäß § 19.

(6) Die mündlichen Prüfungen in Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, in der in der Studienrichtung I zu wählenden Speziellen Betriebswirtschaftslehre bzw. Speziellen Volkswirtschaftslehre sowie die Fachprüfungen in Wirtschaftspädagogik einschließlich Didaktik der Wirtschaftswissenschaft und im gewählten Zweitfach müssen in einem Prüfungszeitraum abgelegt werden.

(7) Bei einem zweiten oder weiteren Studienabschluß an der Fakultät ist eine zweite Diplomarbeit anzufertigen und sind alle mündlichen Prüfungen erneut abzulegen. Das Thema der zweiten Diplomarbeit darf nicht demselben Wissensgebiet (Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Didaktik der Wirtschaftswissenschaft, Wirtschaftspädagogik) entnommen sein wie das Thema der ersten Diplomarbeit.

§ 17

Schriftliche Prüfungen in den Fächern Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Volkswirtschaftslehre

(1) Für die Zulassung zu den mündlichen Prüfungen sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen in der Studienrichtung I 40 Guthabepunkte und in der Studienrichtung II 12 Guthabepunkte erforderlich. Die Zahl der in einer Prüfung erworbenen Guthabepunkte entspricht dem Umfang der entsprechenden Lehrveranstaltung in Semesterwochenstunden; eine mehrfache Anrechnung der gleichen Veranstaltung ist ausgeschlossen.

(2) Guthabepunkte werden durch bestandene Prüfungen zu Vorlesungen und Seminaren des Hauptstudiums erworben, die von Professorinnen, Professoren oder Personen gleichwertiger Qualifikation veranstaltet werden; bei Veranstaltungen aus ihrem eigenen Angebot kann die Fakultät auch andere Personen als Veranstaltende zulassen. Die Fakultät ordnet die Prüfungen den Fächern zu. Auswärtige Prüfungen werden gemäß § 7 im Umfang von höchstens 12 (Studienrichtung I) bzw. 6 (Studienrichtung II) Guthabepunkten angerechnet. Bei abweichender Notenskala oder abweichendem Stundenumfang entscheidet der Prüfungsausschuß über die Umrechnung.

(3) Guthabepunkte werden in Vorlesungen nur erworben, wenn die erfolgreiche Teilnahme durch eine mit mindestens „ausreichend“ bewertete Klausurarbeit gemäß § 11 nachgewiesen wird; abweichend von § 11 umfaßt die Klausurarbeit bei zweistündigen Vorlesungen eine Zeitstunde.

(4) Guthabepunkte werden in Seminaren nur erworben, wenn die erfolgreiche Teilnahme durch eine mit mindestens „ausreichend“ bewertete schriftliche Leistung (Hausarbeit, Klausur) nachgewiesen wird. Mindestens 4 (Studienrichtung I) bzw. 2 (Studienrichtung II) Guthabepunkte müssen durch Seminarbesuch erworben werden. Die Veranstaltenden dürfen die Teilnahme an vorbereitenden Lehrveranstaltungen verlangen. Der Prüfungsausschuß kann den Seminarzugang mit dem Ziel beschränken, eine nach Veranstaltern gleichmäßige Verteilung zu erreichen.

(5) Für jede Prüfung muß vor deren Beginn beim Prüfungsausschuß eine gesonderte schriftliche Meldung abgegeben werden; eine nachträgliche Anrechnung von Guthabepunkten ist ausgeschlossen. Nach Erreichen der erforderlichen Guthabepunkte ist keine weitere Meldung möglich.

(6) In der Studienrichtung I müssen in den Fächern Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Allgemeine Volkswirtschaftslehre und in der in § 16 Abs. 2 genannten Speziellen Betriebswirtschaftslehre bzw. Speziellen Volkswirtschaftslehre jeweils mindestens zehn Guthabepunkte erworben werden. In der Studienrichtung II müssen in den Fächern

Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Allgemeine Volkswirtschaftslehre jeweils mindestens 6 Guthabepunkte erworben werden.

§ 18

Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit soll zeigen, daß die Kandidatin bzw. der Kandidat ein Problem innerhalb der vorgegebenen Frist selbständig mit wissenschaftlichen Methoden bearbeiten kann. Die Bearbeitungsfrist für die Diplomarbeit beträgt vier Monate; sie kann mit Zustimmung der bzw. des Themenstellenden um höchstens zwei Monate verlängert werden.

(2) Der Prüfungsausschuß bestellt für die Themenstellung Personen aus dem Kreis der an der Fakultät tätigen Professorinnen und Professoren. Darüber hinaus können, mit deren Einverständnis, andere habilitierte Angehörige der Fakultät sowie Professoren oder andere Angehörige der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften zu Prüfenden bestellt werden. Eine Vorkorrektur durch wissenschaftliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter ist zulässig. Der Prüfungsausschuß kann die Zahl der von einer Person zu betreuenden Diplomarbeiten mit dem Ziel beschränken, eine gleichmäßige Verteilung auf die themenstellenden Personen zu erreichen.

(3) Die Kandidatin bzw. der Kandidat kann Vorschläge für das Thema der Diplomarbeit machen; es muss den Fächern Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre, Didaktik der Wirtschaftswissenschaft oder Wirtschaftspädagogik entnommen sein. Das Thema wird ihr bzw. ihm nach Zulassung zur Diplomprüfung vom Prüfungsausschuß unter Angabe des Termins, bis zu dem die Diplomarbeit abzuliefern ist, mitgeteilt. Der Tag der Ausgabe des Themas ist aktenkundig zu machen.

(4) In geeigneten Fällen kann auch ein wesentlicher Beitrag, der aus einer Gruppenarbeit hervorgegangen ist, als Diplomarbeit vorgelegt werden. Voraussetzung ist, daß die Leistung der einzelnen Kandidatinnen bzw. Kandidaten nach Art und Umfang einer eigenständigen Diplomarbeit entspricht und diese Leistung aufgrund objektiver Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, bewertbar ist.

(5) Der Diplomarbeit ist ein Verzeichnis der benutzten Hilfsmittel beizufügen. Die Kandidatin bzw. der Kandidat hat ferner eine Erklärung abzugeben und der Diplomarbeit beizufügen, daß sie bzw. er diese selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt und alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten oder unveröffentlichten Schriften entnommen wurden, als solche kenntlich gemacht hat. Darüber hinaus ist eine Erklärung abzugeben und der Diplomarbeit beizufügen, daß die Diplomarbeit nicht, auch nicht auszugsweise, bereits für eine andere Prüfung angefertigt wurde.

(6) Die Diplomarbeit ist fristgemäß in zwei fest gebundenen Ausfertigungen beim Prüfungsausschuß einzureichen. Wird die Diplomarbeit nicht frist- und formgerecht eingereicht, so gilt sie als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet.

(7) Der Zeitraum für die Bewertung der Diplomarbeit sollte sechs Monate nicht überschreiten.

§ 19

Mündliche Prüfungen

(1) Der Prüfungsausschuß setzt in jedem Semester einen Zeitraum für die mündlichen Prüfungen fest. Die Prüfenden werden aus dem Kreis der an der Fakultät tätigen Professorinnen und Professoren bestellt. Darüber hinaus können, mit deren Einverständnis, andere habilitierte Angehörige der Fakultät zu Prüfenden bestellt werden.

(2) Die mündlichen Prüfungen werden als Einzelprüfungen oder als Gruppenprüfungen mit höchstens vier Kandidatinnen bzw. Kandidaten von der bzw. dem Prüfenden in Gegenwart einer bzw. eines sachkundigen Beisitzenden abgenommen. Die Note für die mündliche Prüfung setzt die bzw. der Prüfende nach Anhörung des bzw. der Beisitzenden fest. Die Dauer der Prüfung beträgt je Kandidatin bzw. Kandidat mindestens 15 Minuten; sie soll in der Regel 20 Minuten nicht übersteigen. Die wesentlichen Gegenstände der Prüfung, besondere Vorkommnisse sowie das Ergebnis sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Protokoll ist von der bzw. dem Prüfenden und der bzw. dem Beisitzenden zu unterzeichnen.

(3) Studierende, die an der Universität Magdeburg für einen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengang eingeschrieben sind und die Diplom-Vorprüfung bestanden haben, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörende zugelassen, sofern die Kandidatin bzw. der Kandidat bei der Anmeldung zur Prüfung nicht widerspricht. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung des Ergebnisses.

(4) § 11 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 20

Bewertung der Prüfungsleistungen und Ergebnis

(1) Für die Bewertung der Diplomarbeit sowie der mündlichen und schriftlichen Prüfungen gilt § 12 Absatz 1 entsprechend.

(2) Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn die Diplomarbeit, alle mündlichen Prüfungen sowie die schriftlichen Prüfungen im Fach Wirtschaftspädagogik und im Zweitfach mit mindestens „ausreichend“ bewertet wurden.

(3) Die Diplomprüfung ist nicht bestanden, wenn die Diplomarbeit, eine mündliche Prüfung oder eine schriftliche Prüfung im Fach Wirtschaftspädagogik oder im Zweitfach mit „nicht ausreichend“ bewertet wurde.

(4) Ist die Diplomprüfung bestanden, so ergeben sich die auf dem Zeugnis auszuweisenden Fachnoten nach Maßgabe der folgenden Absätze Die Gesamtnote errechnet sich als gewogenes arithmetisches Mittel der Note der Diplomarbeit und der Fachnoten. Dabei werden in der Studienrichtung I die Fächer Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Allgemeine Volkswirtschaftslehre sowie die gewählte Spezielle Betriebswirtschaftslehre bzw. Spezielle Volkswirtschaftslehre je zweifach, die Wirtschaftspädagogik einschließlich

Didaktik der Wirtschaftswissenschaft und die Diplomarbeit je dreifach gewichtet. In der Studienrichtung II werden die Fächer Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Allgemeine Volkswirtschaftslehre je zweifach, die Wirtschaftspädagogik einschließlich Didaktik der Wirtschaftswissenschaft, das Zweitfach sowie die Diplomarbeit je dreifach gewichtet.

(5) Schriftliche Fachnote ist in den Fächern Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Allgemeine Volkswirtschaftslehre und in der Studienrichtung I in der Speziellen Betriebswirtschaftslehre das ungewogene arithmetische Mittel der in den Guthabenveranstaltungen gemäß § 17 erzielten Noten. Im Fach Wirtschaftspädagogik einschließlich deren Didaktik und in der Studienrichtung II im Zweitfach ist die schriftliche Fachnote jeweils die Note der Klausurarbeit bzw. das ungewogene arithmetische Mittel der Noten der Klausurarbeiten.

(6) In den Fächern Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Allgemeine Volkswirtschaftslehre und in der Studienrichtung I im Fach Spezielle Betriebswirtschaftslehre bzw. Spezielle Volkswirtschaftslehre errechnet sich die Fachnote als ungewogenes arithmetisches Mittel der schriftlichen Fachnote gemäß Absatz 5 und der Note der mündlichen Prüfung.

(7) Im Fach Wirtschaftspädagogik einschließlich Didaktik der Wirtschaftswissenschaft errechnet sich die Fachnote als ungewogenes arithmetisches Mittel der schriftlichen Fachnote gemäß Absatz 5 und der Noten der mündlichen Prüfungen gemäß § 16 Absatz 4.

(8) Im Zweitfach errechnet sich die Fachnote als gewogenes arithmetisches Mittel der schriftlichen Fachnote gemäß Absatz 5 und der Noten der mündlichen Prüfungen. Dabei werden die schriftliche Fachnote und die mündliche fachwissenschaftliche Note je zweifach, die mündliche fachdidaktische Note einfach gewichtet.

(9) Abweichend von Absatz 4 wird auf dem Zeugnis die Gesamtnote „mit Auszeichnung“ ausgewiesen, falls die Note der Diplomarbeit und alle Fachnoten „sehr gut“ lauten.

§ 21

Wiederholung der Diplomprüfung

(1) Eine mit „nicht ausreichend“ bewertete Diplomarbeit oder eine mit „nicht ausreichend“ bewertete schriftliche oder mündliche Prüfung kann höchstens einmal wiederholt werden. Hierbei bleiben die Prüfungen gemäß § 17 außer Betracht, auf deren Wiederholung kein Anspruch besteht.

(2) Für jede mündliche Prüfung in den Fächern Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Spezielle Betriebswirtschaftslehre bzw. Spezielle Volkswirtschaftslehre wird höchstens ein Freiversuch gewährt, sofern alle Prüfungen spätestens vor dem zehnten Fachsemester abgelegt werden oder sofern alle Prüfungen spätestens vor dem elften Fachsemester abgelegt werden und die Diplomarbeit mindestens mit "ausreichend" bewertet wurde.

(3) Eine mit „nicht ausreichend“ bewertete mündliche Prüfung wird unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 von Amts wegen als Freiversuch gewertet, falls die Prüfung im un-

mittelbar folgenden Prüfungszeitraum erneut abgelegt wird. Die erneut abgelegte mündliche Prüfung gilt nicht als Wiederholung gemäß Absatz 1.

(4) Eine mit mindestens „ausreichend“ bewertete mündliche Prüfung wird unter den Voraussetzungen des Absatzes 2 auf Antrag als Freiversuch gewertet, falls die Prüfung im unmittelbar folgenden Prüfungszeitraum erneut abgelegt wird. Als Note der mündlichen Prüfung gilt die bessere der in den beiden Prüfungen erzielten Noten; gegebenenfalls wird ein neues Zeugnis erteilt.

(5) Die Diplomprüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn auch die Wiederholung der Diplomarbeit, einer mündlichen Prüfung oder einer schriftlichen Prüfung mit Ausnahme der Prüfungen gemäß § 17 mit "nicht ausreichend" bewertet wurde oder wenn 7 Prüfungen gemäß § 17 in der Studienrichtung I bzw. 4 Prüfungen gemäß § 17 in der Studienrichtung II mit "nicht ausreichend" bewertet wurden.

§ 22

Zeugnis, Bescheinigungen

(1) Über die bestandene Diplomprüfung wird unverzüglich ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis enthält die Gesamtnote, das Thema und die Note der Diplomarbeit sowie Fächer und Fachnoten. Außerdem enthält das Zeugnis die Titel und Noten aller Veranstaltungen, in denen Guthabepunkte erworben wurden, bei auswärtigen Veranstaltungen auch die Orte. Das Zeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde.

(2) Ist die Diplomprüfung endgültig nicht bestanden oder gilt sie als endgültig nicht bestanden, so erteilt der Prüfungsausschuß hierüber einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag der Kandidatin bzw. des Kandidaten stellt der Prüfungsausschuß außerdem eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die zum Bestehen der Prüfung fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen läßt, daß die Diplomprüfung endgültig nicht bestanden ist. Bei Abbruch der Diplomprüfung gelten diese Bestimmungen sinngemäß.

(3) Das Zeugnis gemäß Absatz 1 und die Bescheinigungen gemäß Absatz 2 sind von der bzw. dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.

§ 23

Diplomurkunde

(1) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten eine Diplomurkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Diplomgrades gemäß § 2 beurkundet.

(2) Die Diplomurkunde wird von der Dekanin bzw. dem Dekan der Fakultät unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät versehen.

IV. Schlußbestimmungen

§ 24

Ungültigkeit der Prüfungen

(1) Hat die Kandidatin bzw. der Kandidat das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung unerlaubter Hilfsmittel beeinflußt und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuß nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die Kandidatin bzw. der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne daß die Kandidatin bzw. der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat die Kandidatin bzw. der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht bewirkt, entscheidet der Prüfungsausschuß unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rechtsfolgen.

(3) Vor einer Entscheidung ist der bzw. dem Betroffenen Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen; gegebenenfalls ist ein neues zu erteilen. Eine Entscheidung nach Absatz 1 oder Absatz 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 25

Einsichtnahme in die Prüfungsakten

(1) Nach Abschluß eines Prüfungsverfahrens wird der Kandidatin bzw. dem Kandidaten auf schriftlichen Antrag Einsichtnahme in ihre bzw. seine Prüfungsakten gewährt.

(2) Der Antrag gemäß Absatz 1 ist innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Aushändigung des Prüfungszeugnisses zu stellen. Die bzw. der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

§ 26

Aberkennung des Diplomgrades

Die Aberkennung des Diplomgrades richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Über die Aberkennung entscheidet die Fakultät.

§ 27

Übergangsbestimmungen

(1) Die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung gelten für alle Studierenden, die ab dem Wintersemester 2003/04 an der Universität Magdeburg im Studiengang Wirtschaftspädagogik eingeschrieben werden.

(2) Die Bestimmungen dieser Prüfungsordnung über die Diplomprüfung gelten darüber hinaus für alle Studierenden, die ab dem Wintersemester 2003/04 das Hauptstudium im Studiengang Wirtschaftspädagogik aufnehmen.

(3) Andere als die in den Absätzen 1 und 2 genannten Studierenden können die Anwendung dieser Prüfungsordnung beantragen, sofern sie an der Universität Magdeburg im Studiengang Wirtschaftspädagogik eingeschrieben sind. Der Antrag ist innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Prüfungsordnung schriftlich zu stellen; er ist unwiderruflich. Bereits erbrachte Leistungen werden gemäß § 7 angerechnet.

§ 28

Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Verwaltungshandbuch der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft vom 21. Juli 1993, der Stellungnahme des Senats der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg vom 21. Juli 2003 und der Genehmigung des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt vom 06. Dezember 2003.

Zuletzt geändert durch die Satzung zur Änderung der Diplomprüfungsordnung für den Studiengang Wirtschaftspädagogik vom 01.10.2003 aufgrund des Beschlusses des Fakultätsrates der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft und der Stellungnahme des Senats der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg vom 18.11.2003.